

Andreas Brunold

Handlungsorientierung am Beispiel „Zeitung in der Schule“

Medienerziehung und Projektmethode

Vorbemerkungen

Schule wie außerschulische Bildung können die Tatsache nicht ignorieren, dass wir in einer von Medien geprägten Welt, in einer „Medien- und Informationsgesellschaft“ leben. Dadurch wird die Vermittlung von Medienkompetenz zu einer der zentralen Aufgaben von (politischer) Bildung und Schule. Medienerziehung ist eine zentrale schulische Aufgabe im Zusammenhang mit den allgemeinen und verbindlichen Erziehungs- und Bildungsvorstellungen; denn mündiger Staatsbürger wird nur derjenige sein können, der sich der Medien in kompetenter Weise bedienen und politische und wirtschaftliche Prozesse zu durchschauen gelernt hat. Dazu bedarf es vor allem einer längst überfälligen Öffnung der Schulen. Die Zusammenarbeit mit einer Zeitung ist ein idealer Weg dazu; denn Chancen und Gefahren der Medien können nur dann erkannt werden, wenn Schülerinnen und Schüler den realen und effektiven Umgang mit dem Nachrichten- und Informationsmedium Zeitung kennen. Dazu bedarf es der Differenzierung zwischen Sachverhalt und Meinung, Information und Kommentar. Durch die Reflexion über die Wirkung von Sprache und die dadurch erreichte kritische Distanz werden wichtige Kompetenzen gewonnen. Für ein solches Vorhaben bietet sich die Projektmethode an.

Medienerziehung als Bildungsarbeit

Angesichts der „flüchtigen“ Medien der Unterhaltungsindustrie, die tagtäglich Jugendliche in ihren Bedürfnissen und ihrem Anspruchsdenken beeinflussen, stellt das Massenmedium Tageszeitung geradezu antiquierte Ansprüche an seine Leser und Leserinnen. Beharrlichkeit, die Möglichkeit, das Gedruckte nochmals zu rezipieren, die Eigenleistung, die das Lesen von Texten gegenüber dem bloßen Konsumieren von oft schnell wechselnden Bildern mit akustischem Hintergrund auszeichnet, vermittelt die notwendige Distanz, die selbsttätiges Handeln und Lernen gegenüber den meist unvermittelten Eindrücken von visuellen Reizen erfordert.

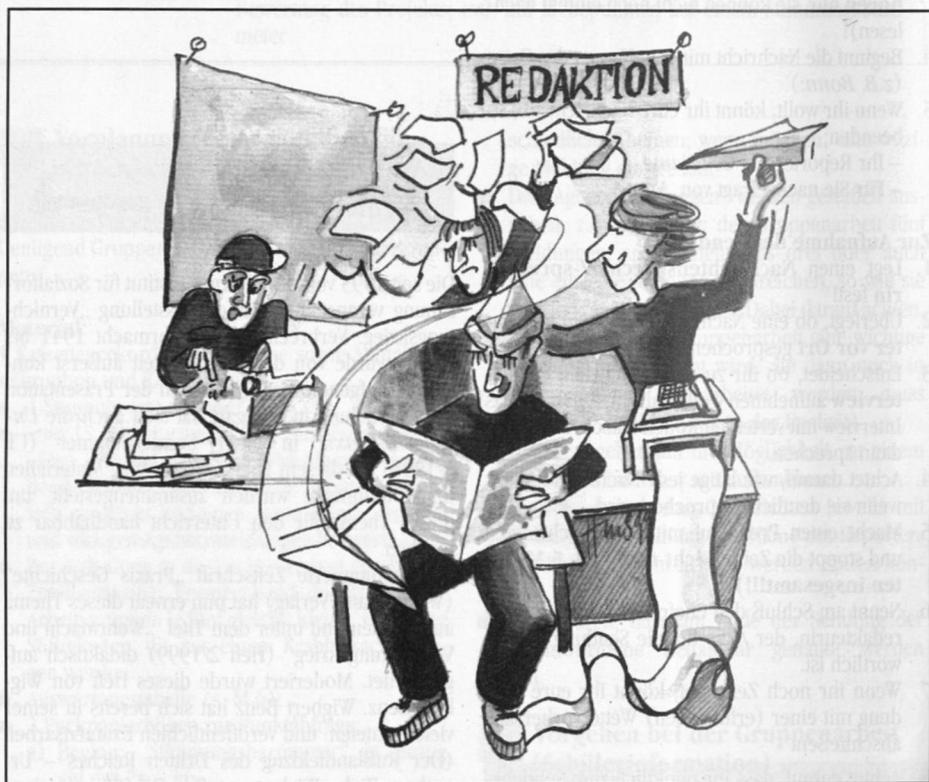
Dabei ist eine Unterrichtseinheit über den sachgerechten und verantwortungsbewussten Umgang mit diesem Medium zugleich auch eine Auseinandersetzung mit medienpädagogischen Fragestellungen, die am ehesten handlungsorientiert und mit den Methoden des Projektunterrichts nutzbringend und

fruchtbar vermittelt werden können. Das möglichst realitätsnahe Erschließen der Arbeitsweise eines Redakteurs bzw. eines Redaktionsteams sowie das Eindringen in die zeitungsspezifischen Sachverhalte der Auswahl und Produktion von Nachrichten sollen es den Schülerinnen und Schülern ermöglichen, die Brücke zwischen dem als Massenprodukt überall erhältlichen und deshalb mitunter gering geschätzten Massenmedium Zeitung mit dem tatsächlichen Stellenwert dieses noch immer bedeutsamsten Informationsvermittlers zu erschließen. Schließlich

mit dem Einzelexemplar für jeden Schüler innerhalb der Klasse ausgehen. Durch ihre Orientierung an den Realitäten fast aller Lebensbereiche ist die Zeitung zugestandenermaßen vielfach sehr schnelllebig und häufig spektakulär, andererseits ist sie gerade wegen dieser Eigenschaften in vielen Fällen der Vermittler, der Schlüssel oder das Vehikel zu vielen anderen außerschulischen Lernorten gerade der politischen Bildung, wie etwa zum Gemeinderat, zum Kreis- oder Landtag, zum Gericht, zur Arbeitswelt, zum Freizeitbereich oder zu Sport und Kultur.

Das Projekt „Zeitung in der Schule“

Der Anstoß zu diesem Projekt ging von einer Initiative der „Stuttgarter Zeitung“ aus, die über einen Zeitraum von drei Wochen die tägliche Lektüre ihrer Tageszeitung als Projekt „Zeitung in der Schule“ den Schulen im Raum Stuttgart anbot. Doch schon in der Vorbereitungsphase des Projekts reiften die Überlegungen, die ausgetretenen Pfade der im Re-



Karikatur: Hans-Michael Scheurlen

ist die Zeitung nicht zuletzt immer auch ein Einzelexemplar, das durch seine vielfache Auflage besonders preisgünstig ist und als ein sehr mobiler und flexibler „Lernort“ ganz besondere und einmalige didaktische Qualitäten hat. Darüber hinaus kann die Präsentation selbst entwickelter Zeitungsbeiträge zu einer verstärkten Identifikation mit dem Lebensraum Schule beitragen. Als aktuelle Wissens- und Informationsquelle für viele Bereiche und Interessen ist sie ein vielfach einsetzbares Lernmittel für fast alle Schulfächer.

Jede schulische Beschäftigung mit dem Medium Zeitung sollte daher vom Umgang

daktionshaus der „Stuttgarter Zeitung“ vorgestellten Konzeption zu verlassen, denn es konnte bei der großen Anzahl der teilnehmenden Schulen seitens der „Stuttgarter Zeitung“ nicht garantiert werden, dass die erarbeiteten und eingesandten Artikel einer Klasse tatsächlich abgedruckt werden würden. So hatte dieses Projektangebot doch einen etwas unverbindlicheren Charakter, zumal offensichtlich auch vermieden werden sollte, dass Schülerarbeiten, für die eine spezielle Seite mit der Überschrift „Zeitung in der Schule“ vorbehalten war, zu stark in die Bereiche der politischen Redakteure eingriffen. Ganz ins

Bild des Projekts als marketingtaugliche Strategie zur Gewinnung neuer Leser passte es, dass bevorzugt nur schulische Themen wie Arbeitsgemeinschaften, Schulfeste etc. aufgegriffen und verfasst werden sollten.

Bei den weiteren Vorbereitungen erwies es sich in der Folge als sehr hilfreich, die Redaktion der Lokalzeitung vor Ort, die „Backnanger Kreiszeitung“, in das Projekt einzubinden, um damit die Unterschiede zwischen einer großen Regionalzeitung und einer kleineren Lokalzeitung mit fremdem Mantel herausarbeiten zu können. Dieses Vorgehen bzw. diese didaktische Perspektive und Zielsetzung erwies sich letztlich als äußerst gewinnbringend, da diese Zeitung eine eigene Sonderseite ermöglichen sollte.

Nach einer Einführung in die verschiedenen Stilformen der Pressearbeit und Berichterstattung, bei der vor allem die journalistische Bandbreite sowie Arbeitstechniken und Darstellungsformen wie Leserbrief, Interview, Bericht oder Nachricht vorgestellt und erörtert wurden, bot sich innerhalb des Umfeldes der Stadt Backnang bzw. an tagespolitischen Themenstellungen gebunden ein weites Feld möglicher Ansatzpunkte an.

Die journalistischen Arbeitstechniken und unterschiedlichen Darstellungsformen wurden vom Lehrer präsentiert bzw. vorgeschlagen, die jeweiligen Themen wurden in einem gemeinsamen Such- und Findungsprozess von den Schülern selbst gewählt. Besonders interessant versprach die Berichterstattung über eine Sitzung des Petitionsausschusses des baden-württembergischen Landtages in Backnang zu werden, die Gegner einer Vergrößerung der Kreismülldeponie in Backnang/Steinbach gegen die Absichten der Landkreisverwaltung Rems-Murr angestrengt hatten. Eine Begehung derselben schloss sich an. Ebenfalls tagespolitisch aktuell war ein Interview mit dem Backnanger Oberbürgermeister über die Planungen der Stadt zur Bewerbung und Ausrichtung der Landesgartenschau. Sodann schalteten sich die Schülerinnen und Schüler in die seinerzeit hochkochende Diskussion über eine Änderung, d.h. Verlängerung der Ladenöffnungszeiten ein, äußerten in einem Leserbrief ihre Kritik an der bevorstehenden Rechtschreibreform und zogen ein Resümee zu einer Veranstaltung der Volkshochschule, die im Rahmen der Literatour, einer kulturellen Veranstaltungsreihe von ansässigen Schulen in Zusammenarbeit mit der Stadt, stand. Allgemeine Meinungs- und Stimmungsbilder innerhalb der Bevölkerung, die u.a. ihre kontroversen Ansichten zu Großprojekten, zur Mitbestimmung bei Planungsvorhaben oder zur Attraktivität der Innenstadt kundtaten, wurden unter Passanten in der Innenstadt durch Befragungen erhoben.

Didaktische und handlungsorientierte Dimensionen

In diesem breitgefächerten Kontext kamen emotionale Elemente „politischer Bildung“ ins Spiel, was grundsätzlich in Bezug auf

Lernerfolge positiv zu bewerten ist. Das offene Austragen von Konfliktfällen macht den Schülerinnen und Schülern viel eindringlicher die Eigenschaften und Grenzen privat-rechtlicher und öffentlich-rechtlicher Strukturen in den Massenmedien klar als eine theoretisch angelegte Analyse mit Schaubildern, Statistiken und Gesetzestexten und bietet darüber hinaus die Chance des demokratischen Meinungsaustausches. Deshalb sollte auf die jugendlichen „Redakteure“ auch kein Druck ausgeübt werden, selbst wenn die Tendenzen der Beiträge manchem missfallen.

In der Fachdidaktik besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass es ein fundamentales Lernziel des Politikunterrichts sein muss, bei Schülerinnen und Schülern Verständnis für Politik zu wecken und Einsichten in politische Zusammenhänge zu ermöglichen. Die Verwirklichung dieses Zieles setzt allerdings voraus, dass die Lehrenden selbst eine konkrete Vorstellung davon haben, was Politik kennzeichnet, denn nur wer in dem komplexen und oft unübersichtlichen Feld der Politik selbst Orientierungspunkte hat, kann anderen Wege der Orientierung öffnen.

Um solch einen Politikbegriff zu entwickeln, muss man die institutionelle Dimension (polity), die normativ-inhaltliche Dimension (policy) und die prozessuale Dimension (politics) des Politischen unterscheiden können.

„Politik hat (...) erstens eine institutionelle Dimension, die durch Verfassung, Rechtsordnung und Tradition festgelegt ist. Auch die Grundsätze der politischen Willensbildung werden durch Institutionen kanalisiert: Wahlen, Grundrechte der Meinungsfreiheit, Parteien und Verbände (...), der Handlungsspielraum wird durch die Institutionen abgesteckt. Im Englischen nennt man diese institutionelle Dimension von Politik *polity*. Politik hat zweitens eine normative, inhaltliche Dimension, die auf Ziele, Aufgaben und Gegenstände von Politik verweist. Die Gestaltung und Aufgabenerfüllung von Politik ist von Interessen abhängig. (...) Daher ist der inhaltliche Gestaltungsraum von Politik mit Konfliktstoff gefüllt. Die inhaltliche Dimension von Politik kann man in der englischen Begrifflichkeit als *policy* bezeichnen. Politik hat drittens eine prozessuale Dimension, die auf Vermittlung von Interessen durch Konflikt und Konsens abstellt. Dieser ständige Prozess der politischen Willensbildung und Interessenvermittlung kann durch das Studium der Institutionen oder der Inhalte begriffen werden. (...) Für die dritte Dimension des Politikbegriffs hat die englische Sprache das Wort *politics* anzubieten.“

aus: Ulrich von Alemann: *Politikbegriffe. In: Dieter Noblen (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. München 1991, S. 491.*

Ein solches, breit angelegtes Verständnis von Politik ist unumgänglich, wenn man den Blick für die Fülle politischer Wirklichkeiten und Möglichkeiten bewahren und nicht konkret vorfindbaren Politikverständnissen und Politikwirklichkeiten aufsitzen will. Ein vorrangiges Ziel dabei ist es also nicht nur, das Medium Zeitung als Instrument der Mei-

nungsbildung zu erkennen, sondern es auch in der späteren Rolle des verantwortlichen Staatsbürgers zu nutzen und kritisch hinterfragen zu können. Vor dem Hintergrund dieses Anspruchs und der fachwissenschaftlich notwendigen und sorgfältigen Einarbeitung in die Sach- und Themenbereiche erscheint der „Beutelsbacher Konsens“ als ein Minimalkonsens, indem er eine offene didaktische Perspektive fordert, die es den Schülerinnen und Schülern ermöglicht, zu eigenständigen und unterschiedlichen Urteilen zu gelangen. So versetzen das Überwältigungsverbot sowie

Der Beutelsbacher Konsens

„1. *Überwältigungsverbot*: Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der ‚Gewinnung eines selbständigen Urteils‘ zu hindern. Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen Politischer Bildung und *Indoktrination*. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft und der – rundum akzeptierten – Zielvorstellung von der Mündigkeit des Schülers.

2. Was in Wissenschaft und Politik *kontrovers* ist, muß auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten. Zu fragen ist, ob der Lehrer nicht sogar eine *Korrekturfunktion* haben sollte, d.h. ob er nicht solche Standpunkte und Alternativen besonders herausarbeiten muß, die den Schülern (und anderen Teilnehmern politischer Bildungsveranstaltungen) von ihrer jeweiligen politischen und sozialen Herkunft her fremd sind. (...)

3. Der Schüler muß in die Lage versetzt werden, eine *politische Situation* und seine *eigene Interessenlage* zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu *beeinflussen*.“

aus: Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hrsg.): *Das Konsensproblem in der politischen Bildung. Stuttgart 1977, S. 179ff.*

das Kontroversitätsgebot die Schüler in die Lage, eine politische Situation und ihre eigene Interessenlage zu analysieren sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen. Somit bildet die Urteilsfähigkeit die Voraussetzung für Partizipationsfähigkeit und Handlungskompetenz. Ohne ein eigenes, begründetes Urteil über politische Programme, Leistungen oder Personen kann der Bürger an Politik nicht in der Weise teilnehmen, dass er seine eigenen wohlverstandenen Interessen fördert. Er wird manipuliert, wird Objekt einer Politik, die anderen nützen mag, aber keine Gewähr dafür bietet, dass sie seinen eigenen Interessen entspricht. Handlungskompetenz meint in diesem Sinne vor allem die politikrelevante Methodenkompetenz der Schüler. Diese Kompetenzen werden

Projekt „Zeitung in der Schule“

Entwicklungsschritte

Zielsetzung des Projektes. Aufbau einer Tageszeitung und Erläuterung der verschiedenen Textsorten und Darstellungsformen.

Erläuterung der Arbeit eines Redakteurs und Vorstellung journalistischer Arbeitsmittel und Techniken. Rechtliche Grundlagen (Grundgesetz und Pressekodex).

Vergleichende Medienanalyse (u.a. Zeitungen – Fernsehen), Themenfindung aus der aktuellen Tagespolitik und Einteilung der Arbeitsgruppen.

Erarbeiten der Thematiken und Recherchen anhand der Darstellungsformen der Zeitungsberichterstattungen, u.a. durch Interviews, Passantenbefragungen, Teilnahme an Pressekonferenzen, Leserbriefe etc.

Zusammenführen und Präsentation der Ergebnisse der Arbeitsgruppen. Erfahrungsaustausch und Moderation des Prozesses.

Zusammenarbeit mit der Zeitungsredaktion und Redaktionsbesuch. Mitarbeit bei der Erstellung des Layouts einer Sonderseite.

Eventuell (wie hier geschehen) weitere Aktivitäten wie Einladungen bzw. Diskussionen mit Betroffenen. Exemplarisches Aufarbeiten der Abfallwirtschaft bzw. der Müllentsorgung.

Wirkungen sowie angestrebte Kompetenzen bzw. Einsichten

Einblicke in Formen der Berichterstattung, der Ressorts und Finanzierung einer Tageszeitung.

Einsicht in die Notwendigkeit der Recherche sowie Informationsverarbeitung und -filterung als Problem. Erkennen rechtlicher Bestimmungen und Grenzen.

Anleitung zum kritischen Medienkonsum und zur Zeitungslektüre. Differenzierung verschiedener Medien und ihrer Möglichkeiten.

Einblicke in die Strukturen und Verflechtungen von lokaler Politik, der Öffentlichkeit sowie in das Verwaltungshandeln der Stadt und des Landkreises.

Erfahrungen mit fächerübergreifendem Unterricht, außerschulischen Lernorten sowie mit Methoden politischer Bildung.

Einblicke in die reale Redaktionsarbeit. Projekt als „Mikrokosmos“ der Wirklichkeit.

Erleben von Politik als Prozess einander widerstreitender Interessen und Abwägungen. Meinungsbildung der Öffentlichkeit in Gestalt einer Bürgerinitiative und dem Landratsamt. Konsensfindung durch vertragliche Festlegung mit Hilfe der Landespolitik.

selbst engagierte Lehrerinnen und Lehrer immer öfter resignieren. Unternehmen stellen verstärkt fest, dass Schulabgänger Teamarbeit und selbstverantwortliches Arbeiten erst noch lernen müssen. Was als Schlüsselqualifikationen (z.B. soziale Kompetenz, Problemlösungsfähigkeit, kommunikative Kompetenz oder Kreativität) vorab gefordert werden muss, wird im gegenwärtigen Schul- und Bildungssystem allenfalls ungenügend vermittelt. So sind beim Lernen nach wie vor Einzelstunden bzw. ein Dreiviertelstundentakt die Regel, so als müsste die Jugend auf zukünftige Lohnarbeit am Band eingestellt werden. Obwohl diese Umstände und Mängel in den zuständigen Ministerien bekannt sind und als dringend zu lösende Probleme angesprochen werden, scheint der Weg vom Kopf zur Hand bzw. der von theoretischen Absichtserklärungen hin zur Praxis noch weit zu sein.

Offt wird auch eingewendet, man treibe mit handlungsorientiertem Unterricht vordergründigen Aktionismus, der den Schülerinnen und Schülern zwar Spaß mache, aber sonst nicht viel bringe. Hinter diesen Ansichten verbirgt sich die Befürchtung, dass in einem solchen Unterricht nicht genug Fachwissen vermittelt werde, was jedoch zumeist als eine Folge davon zu werten ist, dass vielen Lehrenden eigene Erfahrungen und Kompetenzen im Umgang mit handlungs- und erfahrungsorientierten Methoden fehlen. Handlungsorientierter Unterricht ist sehr viel aufwendiger als konventioneller Unterricht und verlangt von den Lehrerinnen und Lehrern eine differenziertere und aufmerksamere Arbeit. Darüber hinaus müssen handlungsorientierte Methoden im Interesse eines möglichst großen Repertoires selbst immer wieder erprobt und eingeübt werden.

in erster Linie in einem Politikunterricht erworben, der praktisches, forschendes, problemlösendes, soziales, kommunikatives, projektartiges und ganzheitliches Lernen favorisiert.

Die Projektmethode ermöglicht dabei in besonderem Maße auch die Berücksichtigung, Kombination und Gewichtung der unterschiedlichen Lernebenen, indem sie kognitive, motorische und affektive Anreize auf dem jeweiligen Niveau der Zielgruppe anzubieten vermag. Damit erkennt sie dem Primat der Handlung im Erkenntnisprozess eine zentrale Bedeutung zu. Dies setzt allerdings ein verändertes Rollenverständnis von Schülern und Lehrern voraus, das der Selbstorganisation und der methodischen Vielfalt von Lernprozessen den größtmöglichen Spielraum eröffnet. Wie in diesem Projekt beispielhaft umgesetzt, sollte von der Planungsphase über die Handlungsmuster der Grad der Schülerbeteiligung

- durch Informationsbeschaffung (Materialbeschaffung bzw. Recherchen, Schriftverkehr mit Institutionen und Politikern, Befragungs- und Interviewtechniken, Fotografieren, Tonaufzeichnungen);
- durch Informations- und Problembearbeitung (Referate/Berichterstattung, Materi-

alanalysen, Anwendung journalistischer Techniken, Moderation, Argumentation und Diskussion) sowie

- durch Ergebnisreflexion und -darstellung (Dokumentation und Abdruck der Projektarbeit als Sonderseite „Zeitung in der Schule“) optimiert werden.

Der Anspruch, Politik erfahrbar und greifbar zu machen, erfordert folglich ein Abrücken von konventionellen deduktiven Vermittlungsstrategien, die sich in erster Linie auf die Beschäftigung mit reinem Struktur- und Sachwissen konzentrieren. Rationale politische Bildung setzt dagegen die didaktisch-methodisch geleitete kognitive, kommunikative und ganzheitliche Auseinandersetzung mit Politik als Prozess voraus, die dem Wandel und den sich immer schneller ändernden Lebensbedingungen und Wissensbeständen in der modernen Industriegesellschaft gerecht wird.

Leider gibt es eine Scheu von Lehrern vor handlungsorientiertem Unterricht. Diese wird nicht zu Unrecht meist mit den restriktiven schulischen und curricularen Rahmenbedingungen begründet. Starre, auf Kontrolle abzielende Strukturen und bürokratisch auszu- legende Lehrpläne, geringe Mitsprachemöglichkeiten und zu wenig Freiräume lassen

Die Bedeutung der Medienpädagogik

Auch unter medienpädagogischen Aspekten hat ein Zeitungsprojekt einen hohen Stellenwert, will man die medienpraktische Eigentätigkeit fördern. Im Vergleich mit der Arbeit am Ton- oder Videoband sowie vom Zeit- und Kostenaufwand her ist die Herstellung einer Zeitungsseite weit weniger aufwendig. Auch sind Zeitungsbeiträge in überschaubaren Zeiträumen eher abzuschließen als z.B. zeitraubende Video-Produktionen. Somit stellt die Projektarbeit mit der Zeitung einen Idealfall der politischen Bildungsarbeit dar, da jeder Schüler mehr oder weniger die Tageszeitung von zu Hause aus kennt und je nach inhaltlichen Präferenzen zumindest unregelmäßig darin liest.

Nachdem der Konsum elektronischen „Fast-Foods“ aus bis zu 30 Fernsehkanälen oder aus dem Videorekorder inzwischen die Jugendlichen oft in eine Scheinwelt entführt und sie mitunter unempfindlich macht für die wahren Probleme im wirklichen Leben, erscheint dieser medienpädagogische Ansatz geradezu als dringlich geboten. Während der „erwachsene Bundesbürger“ im Durchschnitt immerhin 28 Minuten lang täglich Zeitung

liest, verbringen die 14- bis 19-jährigen täglich durchschnittlich 125 Minuten vor dem Fernseher. Noch länger, nämlich 142 Minuten hören sie Radio. Dagegen lesen 66,5 % der 14- bis 19-jährigen täglich eine Zeitung, und dies durchschnittlich etwa 16 Minuten lang.¹

Nach einer repräsentativen Studie des Instituts für Demoskopie in Allensbach aus dem Jahr 1993 kann ein Projekt „Zeitung in der Schule“ deutliche Erfolge aufweisen, was das langfristige Lektüerverhalten von Jugendlichen anbelangt. So lesen junge Leute zwischen 19–29 Jahren, die nicht mehr im Elternhaus wohnen, zu 78 % täglich eine Lokalzeitung, wenn sie einmal an einem Projekt „Zeitung in der Schule“ teilgenommen haben. Bei der Gründung eines eigenen Haushalts haben 65 % derjenigen, die an einem solchen Projekt teilgenommen haben, eine lokale Tageszeitung abonniert, demgegenüber jedoch nur 36 % von nicht teilnehmenden.²

Gerade auf dieser Stufe des Lernprozesses politischer Sozialisation ist, nach dem didaktischen Prinzip des „learning by doing“, der größtmögliche Nutzen in der Eigentätigkeit der Schüler zu sehen. Der sichtbare Lernerfolg wird sich jedoch erst dann nachhaltig einstellen, wenn die Schüler die Möglichkeit eingeräumt bekommen haben, durch einen Abdruck den Wert ihres Tuns selbst wiedererkennen zu können.

Der Lehrer bzw. die Lehrerin sollte daher in der Regel lediglich als Moderator(in) in Erscheinung treten. In ihrer Vermittlungsfunktion stellen sie den Kontakt zu den Interview- und Gesprächspartnern her, ermöglichen Fahrgelegenheiten sowie den Informationszugang für die notwendigen Recherchen und leisten orthografische und grammatikalische Hilfen. In der Endredaktion führen sie die Verhandlungen mit dem das Projekt betreuenden Zeitungsredakteur, redigieren die Schülerbeiträge und arbeiten am Layout einer Sonderseite mit.

Der besondere Wert des Projekts „Zeitung in der Schule“ erschließt sich also nicht so sehr im fächerverbindenden Unterricht, sondern stellt v.a. die Methoden in den Vordergrund. Handlungsorientiertes Lernen in Verbindung mit der Aneignung von Methodenkompetenz sind die entscheidenden und nutzbringenden Ziele eines solchen medienpädagogischen Projekts. Daran gekoppelt ist die Erfahrung von außerschulischen Lernorten, die unmittelbare Erfahrungen und originäre Einblicke in lokale politische Strukturen ermöglichen.

Beispiele aus den Schülerarbeiten

Äußerst wertvoll für das Handeln und das politische Verständnis von Entscheidungsträgern auf kommunaler, auf Kreis- wie auch auf Landesebene war für die Schülerinnen und Schüler die Reaktion des Landratsamtes auf die Berichterstattung der Sitzung des Petitionsausschusses des Landtages über die geplante Erweiterung der Kreismülldeponie in Backnang/Steinbach, der schon ein jahrzehnt-

„Streit um Deponie Steinbach.“

Sitzung des Petitionsausschusses: Lüssing verzichtet auf ein Viertel der geplanten Fläche.

(...) Die unendliche ‚Müllgeschichte‘ des 1600-Seelen-Dorfes Steinbach begann bereits Mitte der 60er Jahre. Das sind bereits 31 ‚Mülljahre‘, mit denen die Menschen aus Steinbach mit all den negativen Erscheinungen für sich selbst und die Natur fertig werden müssen. Schon im Jahre 1971 wurde der Bevölkerung von Steinbach von den zuständigen Behörden die Versprechung gemacht, daß die Mülldeponie nicht weiter vergrößert wird.

Doch dieses Versprechen wurde im Herbst 1989 gebrochen, indem das Landratsamt mit der Erkenntnis herausrückte, daß die bestehende Mülldeponie ‚Heiligenwald‘ für 30 bis 40 Jahre gestreckt werden kann. Durch diesen umstrittenen Beschluß wurde der ‚Leidensweg‘ der Bevölkerung von Steinbach verlängert.

Doch das Paradoxe daran ist, obwohl Steinbach als idealer Standort gilt, und geologische Untersuchungen ergeben haben, daß das vorgesehene Gelände als stark ‚erdfallverdächtig‘ eingestuft wird. Im Jahre 1996 geht der Leidensweg der Dorfgemeinde weiter, weil beschlossen wurde, an den bereits 13 bestehenden Mülldeponien weitere hinzuzufügen. Wieder beruht diese Entscheidung auf zweifelhaften geologischen Untersuchungen. Es sollen zusätzlich neun Abschnitte gebaut werden. Die Kosten sind noch nicht vorhersehbar, sie sollen sich aber auf rund 133 Millionen Mark belaufen.

Bisher wurden 75 000 Bäume gefällt, dies entspricht einer Fläche von 26 Hektar, obwohl anscheinend nur vier bis fünf Hektar Land gebraucht werden. Weitere 75 000 Bäume sollen gefällt werden. Für die Deponieerweiterung sind insgesamt 45 Hektar vorgesehen und auch genehmigt worden.

Die Müllmenge ist seit 1993 stetig zurückgegangen, und zwar im Jahre 1993 von 200 000 Tonnen auf 125 000 Tonnen im Jahr 1994. Für 1996 und 1997 werden nur noch zirka 105 000 Tonnen Hausmüll erwartet. Daher ist es für viele Bürger Steinbachs und Umgebung unverständlich, warum bei stetiger Müllverringerung ein so großes Gebiet in Anspruch genommen werden soll. Der ökologische Schaden wird auf insgesamt 450 Millionen Mark geschätzt.

Am Montag, dem 11. November 1996, dem Tag, an dem die Narren das Rathaus stürmen, wurde in Backnang auf Veranlassung des Petitionsausschusses des Landtages eine Sitzung im Landratsamt einberufen. Der Vertreter der Deponiegegner, Berthold Ruoff, leitete die Sitzung ein. Sein größtes Anliegen war vor allem auch ein Lastenausgleich. Der Oberbürgermeister stellte sich auf die Seite der Bürger. Schmidt verlangte eine realistische Kostenanalyse, ob wirklich eine so große und entsprechend teure Mülldeponie nötig ist.

Das Ergebnis der Sitzung war, daß Lüssing auf ein Viertel der Fläche verzichten würde. Außerdem soll in den nächsten zehn Jahren kein Baum mehr gefällt werden. Der erste und zweite Deponieabschnitt wird voraussichtlich dieses Jahr eröffnet. Für die weiteren sieben Abschnitte ist noch kein Beschluß festgelegt. Jedoch wird vom Landrat noch ein abschließender Bericht verlangt, der über Kosten, voraussichtliche Müllmenge, Belastung und die Zweckerfüllung der Deponie aufklären soll.

Nach der Sitzung konnten sich alle Anwesenden ein Bild der umstrittenen Deponie machen. Die Besichtigung dauerte eineinhalb Stunden und hinterließ bei uns bleibende Zweifel, ob dieses Vorhaben nicht mehr schadet als hilft. Der Landrat verließ vorzeitig die Sitzung, da ihm die Begrüßung der Narren in Waiblingen wichtiger erschien.

David Ballestros, Jessica Bergmann, Marco Falcone, Henning Fross und Thorsten Köhler“
aus: *Backnanger Kreiszeitung* v. 22.1.1997

telanger Streit mit dort betroffenen Gegnern und einer Bürgerinitiative vorausging. Der Klasse, aus der eine Arbeitsgruppe sowohl über die Sitzung berichtete als auch im Umfeld recherchierte, bot sich die Gelegenheit, einen Besuch im Landratsamt in Waiblingen als weiteren außerschulischen Lernort wahrzunehmen, wenn auch unter ganz anderen Vorzeichen. Waren es zuerst die Schüler, die auf der Sonderseite der Backnanger Kreiszeitung über Sachverhalte der Kreispolitik berichteten, so wurden vom Landratsamt nun zugleich drei Redaktionen (die „Backnanger Kreiszeitung“, die „Stuttgarter Nachrichten“ sowie die „Stuttgarter Zeitung“) eingeladen, um wiederum über den von einer Arbeitsgruppe verfassten Artikel zur Kreismülldeponie zu berichten, der zweifellos die Abfallwirtschaftspolitik des Landkreises in einem kritischen Licht erscheinen ließ.

Nicht zuletzt bot den Schülern auch das Interview mit dem Backnanger Oberbürgermeister zur Bewerbung der Stadt um die Landtagsgartenschau Einblicke in kommunales Verwaltungshandeln. Leider wurden die Antworten im Text des aufgezeichneten Ge-

sprächs im nachhinein mehrfach vom Oberbürgermeister geändert, so dass die Arbeitsgruppe sich nur noch in den gestellten Fragen wiederfand.

Im nachhinein muss festgestellt werden, dass die Gespräche im Landratsamt Waiblingen sowie im lokalen Rathaus wertvolle Impulse für die Erweiterung des politischen Erfahrungshorizonts gebracht haben, denn die prozessuale Dimension, die auf die Vermittlung von Interessen durch Konflikt und Konsens abstellt und der ständigen Willensbildung bedarf, kann durch das alleinige Studium der Institutionen oder der Inhalte nicht begriffen werden. Sie verknüpfte vielmehr diese mit der inhaltlichen Dimension des Politischen, so dass das Begreifen demokratischer Politik in einer modernen pluralistischen Gesellschaft möglich wurde, die immer wieder vor der Notwendigkeit steht, Positionen und Entscheidungen zu korrigieren oder zu revidieren und nach neuen Lösungen zu suchen. Gelingt es nicht, Jugendlichen dafür ein Verständnis zu vermitteln, wird ihnen das beharrliche Bemühen um Teillösungen in einer Kette konflikthafter, gewaltenteilig kon-

„Nachhilfe bei Lehrer Lässig Kreischef verärgert über Schülertexte im Backnanger Lokalblatt.

In die Rolle des Lehrers ist Landrat Horst Lässig gestern vormittag geschlüpft. Nachhilfe in Sachen Journalismus stand auf dem Programm. Der vom Kreischef gesuchte Dialog mit Schülern wurde weitgehend zum Monolog, denn die Jungen und Mädchen der Klasse 11a des Wirtschaftsgymnasiums (WG) Backnang trugen nur wenig zur Veranstaltung bei.

Alles andere als einverstanden ist Lässig mit Aussagen der Schüler zum Thema Deponie Steinbach gewesen, die im Rahmen eines Projekts von der Backnanger Lokalzeitung Ende Januar veröffentlicht wurden. In Steinbach, so argwöhnten die Pennäler, belaufe sich der ökologische Schaden auf 450 Millionen Mark; das Deponiegelände sei ‚erdfallverdächtig‘ und deshalb völlig ungeeignet; der Landkreis habe vor, weitere 75 000 Bäume zu fällen: Diese Angaben der jungen Schreiber wollte der Kreischef nicht ohne Widerspruch gelten lassen. Die genannte Schadenssumme sei frei erfunden, ‚absoluter Nonsens‘. Wie die Autoren darauf gekommen seien, wollte Lässig wissen.

Nach langem Schweigen meldete sich eine Schülerin zu Wort: ‚Aus den Unterlagen der Deponiegegner‘. Doch auch beim außerordentlichen Nachhilfeunterricht konnte die Quelle nicht eindeutig ermittelt werden, denn keiner der Autoren hatte das Schriftstück im Gepäck. Man habe sich die Zahl jedenfalls nicht ausgedacht, so die Entschuldigung der Schüler. Die Ausrede ‚es war doch nur ein Projekt‘ ließ Lässig jedenfalls nicht gelten. Ein Journalist müsse stets alle Seiten hören: Dieser Tip des Landrats ist sicherlich nicht zuletzt aus seiner langjährigen Erfahrung im Umgang mit der schreibenden Zunft geboren.

75 000 Bäume stehen laut Landratsamt nicht zur Disposition. In den kommenden zehn Jahren werde kein einziger gefällt. Unwahr sei ein weiterer Punkt, den die Schüler bemängelt hatten: Lässig hat sich nicht, wie ihm von den Schülern unterstellt worden war, vorzeitig von einer Sitzung des Petitionsausschusses verabschiedet, um die Narren in Waiblingen zu begrüßen. Obgleich diese Aussage ‚ehrenrührig‘ ist, wolle er, Lässig, mit den Schülern nicht streiten. Der Chef der Berufsschulen im Kreis, zu denen auch das WG gehört, fühlt sich indes ‚emotional verantwortlich‘. Des Landrats Rat: nachfragen, recherchieren und nicht alles glauben.“

aus: *Stuttgarter Zeitung* v. 4.2.1997

„Ausschuß billigt den Deponievertrag

(...) Einstimmig hat der Kreis-Umweltausschuß am Montagabend den Deponievertrag mit der Stadt Backnang und der Gemeinde Oppenweiler gebilligt. (...) Daß alle Seiten dem Vertragswerk zustimmen würden, war keine Überraschung. Schon im November 1995, als die Kreisverwaltung vom Ausschuß mit Verhandlungen beauftragt worden war, hatte im Prinzip Einigkeit darin bestanden, daß die Deponie mindestens eine Nummer zu groß geraten war und eine Volumensreduzierung her mußte. Fraglich war nur, ob die Stadt sich mit ihren weitgehenden Vorstellungen durchsetzen würde. Danach sollte auch die Deponiefläche reduziert und die Laufzeit begrenzt werden.

Anderthalb Jahre wurde dann verhandelt, um ein für die Stadt (...) akzeptables Ergebnis zu erzielen. Das scheint der Fall zu sein. Der Vertrag, der nur noch vom Backnanger Gemeinderat absegnet werden muß, enthält Volumens-, Flächen- und Zeitbegrenzungen und geht noch darüber hinaus: Der Kreis verpflichtet sich, einen Grundbucheintrag vornehmen zu lassen, der letztendlich die Abmessungen der Deponie in der fixierten Form sicherstellt (...)

aus: *Backnanger Kreiszeitung* v. 18. 6. 1997

trollierter und ständig korrekturbedürftiger Lösungsversuche leicht unansehnlich erscheinen im Vergleich zu vereinfachenden Verheißungsmodellen von rechts und links. Auch kam es darauf an zu zeigen, dass politische Lösungsentwürfe und darauf basierende politische Entscheidungen den Keim der Korrektur oder Revision bereits in sich tragen, warum dies notwendigerweise so ist und dass ohne diese Selbstbescheidung, auf der die Politik in der Demokratie beruht, die Freiheit ständig gefährdet wäre. Für ein Verständnis der Politik als Problemverarbeitung spricht letztlich auch, dass politisches Handeln zunehmend durch das öffentliche Bewusstsein geprägt wird, Politik müsse ein bestimmtes Niveau erfolgreicher Problemlösung erzielen. Zeige Politik dieses Maß an Problemlösungsfähigkeit nicht, leiste sie damit einer zunehmenden Politikverdrossenheit Vorschub.

Über den individuellen Bereich und den der Bildung hinaus können auch Wege der „zivilen Politik“ aufgezeigt werden, wie sie gerade in der Frage der Erweiterung der Kreis-

mülldeponie, also im Bereich der Umweltpolitik und damit der Umweltbildung, verlangt und eingefordert werden. Als Schlüsselkom-

Die Unterrichtspraxis

Beilage zu „Bildung und Wissenschaft“, Zeitung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg, erscheint unter eigener Redaktion achtmal jährlich.

Redaktion: Dipl. Päd. Siegfried Frech (verantwortlich), Erhard Korn (Stellvertreter) Dipl. Päd. Werner Becker, Dr. Gerd Brucker, Dr. Hans Stadler

Anschrift der Redaktion: Siegfried Frech, Schwabstraße 9, 71554 Weissach i.T., Tel./Fax: 0 71 91/5 73 6 7

Nachbestellungen über die GEW-Bezirksgeschäftsstellen (Adressen im Impressum von b&w)

Zur **Mitarbeit** sind alle Kolleginnen und Kollegen herzlich eingeladen. Manuskripte sollten direkt an die Redaktion der Unterrichtspraxis adressiert werden. Für Texte auf Disketten (z.B. ASCII) sind wir dankbar.

petenzen bei der Institutionalisierung ein Bildung für nachhaltige Entwicklung und damit eng verbundenen Beteiligung an Entscheidungs- und Entscheidungsprozessen, gelten dabei die Fähigkeiten der Reflexion der Antizipation bzw. Kommunikation sowie der Partizipation. Vor allem die Partizipationsfähigkeit, also die Teilhabe an den öffentlichen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen, müsste dann in viel differenzierteren Kontexten als bisher erworben werden. A weiteres Schlüsselprinzip gilt die „Retinität“ also die Fähigkeit des Denkens in vernetzte Zusammenhänge, die das Selbstverständnis von Umweltbildung als fächerübergreifende politischer Bildung stärker herausfordert als alle bisherigen Konzepte. Die tatsächliche politischen Weichenstellungen geben die Schülern denn auch wenig später Recht, den der ausgehandelte Vertrag zwischen der Stadt Backnang und dem Landkreis sah eine wesentliche Verkleinerung der Mülldeponie um rund ein Drittel des ursprünglichen Volumen und der Fläche vor, sowie eine Beschränkung der Laufzeit von 30 Jahren bis zum Jahr 2027 so dass keine weiteren Waldrodungen mehr notwendig waren. Auch der Landtag von Baden-Württemberg entschied in diesem Sinne aufgrund der Beschlussempfehlung seines Petitionsausschusses.

¹ Vgl. die Homepage des Instituts zur Objektivierung von Lern- und Prüfungsverfahren (IZOP) GmbH: <http://www.izop.de>

² Vgl. IZOP GmbH: http://www.izop.de/Zi/Sch_S_5f

Literatur:

P. Ackermann u.a. (Hrsg.): Politikdidaktik – kurz gefaßt. Planungsfragen für den Politikunterricht Bonn 1996

E. Brand/P. Brand/V. Schulze (Hrsg.): Die Zeitung im Unterricht – Medienkundliches Handbuch Aachen 1995

Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung: Medienerziehung in der Schule. Bonn 1995

B. Claußen: Politische Bildung. Lernen für die ökologische Demokratie. Darmstadt 1997

E. G. Dieckmann: Medienerziehung als Aufgabe politischer Bildung. In: W. Sander (Hrsg.): Handbuch politische Bildung. Schwalbach/Ts. 1997, S. 373-391

H. Klippert: Handlungsorientierter Politikunterricht. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Methoden der politischen Bildung – Handlungsorientierung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 304). Bonn 1991, S. 9-30

H. Klippert: Durch Erfahrung lernen. Ein Prinzip (auch) für die politische Bildung. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Erfahrungsorientierte Methoden in der politischen Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 258). Bonn 1988, S. 75-93

K. Setzen: Zeitung als außerschulischer Lernort? In: P. Ackermann (Hrsg.): Politisches Lernen vor Ort. Außerschulische Lernorte im Politikunterricht. Stuttgart 1988.

Dr. Andreas Brunold unterrichtet am Wirtschaftsgymnasium in Backnang und hat einen Lehrauftrag an der PH Ludwigsburg.